



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/34 - 11. Februar 1950

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0284890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Zweites Fernsehen - politisch geplant Von Jürgen F. Warner Referent für Rundfunkfragen beim Parteivorstand der SPD	69
3	Mord auf Bestellung Fememörder-Organisation in Frankreich? Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris	45
4 - 5	Volksschulen-Not und kein Ende Andere Länder sind uns sehr weit voraus	56
6	Ziele des Zionismus Zum europäischen Zionisten-Kongress in Amsterdam	44
7	Nach Leipzig führt nur ein Weg "Amtlicher Messeausweis" mit Gebrauchsanweisung für die Reise	29

Zweites Fernsehen - politisch geplant

Von Jürgen P. Warner

Im Bundespostministerium werden beruhigende Erklärungen an laufenden Band produziert, um das Mißtrauen der Öffentlichkeit über die Zwecke, denen das zweite Fernsehnetz dienen soll, zu zerstreuen. Aber schon die Planung des Aufbaues beweist, daß hier ein Strument geschaffen werden soll, dessen sich, nach seiner Fertigstellung Ende 1960, die Regierung Adenauer bedienen will, um den Wahlkampf für den nächsten Bundestag zu führen.

Mit den Sendern, für die der Verwaltungsrat der Bundespost den Minister Stücklen am 20. März 56 Millionen DM bewilligen soll, will das Bundesfernsehen die Zuschauer in den Ballungszentren des Bundesgebietes beeinflussen. Nur 60 Prozent der Bevölkerung sollen so erreicht werden. Ein Plan, der die politische Generalstabsarbeit verrät, die ihn entstehen ließ. Ein zweites Fernsehprogramm wäre vor allem nötig, um die Menschen abseits der großen Städte zu unterhalten und zu informieren, die nur selten Zugang zu Kino, Theater und Vorträgen haben. Ihnen bald eine Auswahlmöglichkeit zwischen zwei Fernsehprogrammen zu geben, wäre die Aufgabe der Planer eines zweiten Netzes, hätten sie keine politischen Nebenabsichten. Statt dessen soll das Programm der Fernsehsender, die der Postminister plant, sich an die Menschen zwischen Rhein und Ruhr, im Frankfurter Raum und in anderen dichtbesiedelten Gebieten richten. Also an ein Publikum, das in erschlossener Siedlungsgebieten wohnt und daher ein zweites Fernsehprogramm sicherlich weniger vermisst als die Bevölkerung jener Gebiete, die der Plan des Postministers - wenigstens bis zur nächsten Bundestagswahl - bewußt vernachlässigt.

Die Rundfunkanstalten, die sich ja schon geraume Zeit mit Plänen für ein eigenes, allerdings nicht politisch ausgerichtetes, zweites Fernsehprogramm beschäftigen, haben vor längerer Zeit die Kosten für die technischen Einrichtungen mit rund 100 Millionen DM beziffert. Diese Ausgaben würden entstehen, falls die Post und nicht die Rundfunkanstalten bauen würden. Damals versprach das Postministerium, es weit billiger zu machen. In der Tat, 36 Millionen DM sind nur ein gutes Drittel jener Summe. Aber dafür werden auch nicht die technischen Einrichtungen für ein zweites Fernsehprogramm geliefert, das die ganze Bevölkerung er-

11. Februar 1959

reicht, sondern ein Torso, brauchbar nur unter dem Gesichtspunkt der politischen Massenbeeinflussung.

Wenn der Postverwaltungsrat am 20. März über den Nachtragshaushalt des Ministers Stücklen berät, dann sollte er daran denken, daß er mit den 36 geforderten Millionen entweder nur Stückwerk schafft oder dieser Bewilligung weitere und erheblich höhere Beträge folgen lassen muß.

Allerdings würde selbst eine Planung von Fernsehleinrichtungen des Bundes, die nicht so eindeutig politisch geprägt ist, in der Öffentlichkeit schwerlich den Verdacht beseitigen, daß das Programm dieser Sender dem Beispiel des Goebbel'schen Rundfunks nachstreben wird. Merkmal des Staatsrundfunks und -Fernsehens ist mehr noch als die gezielte Propaganda das Vorenthalten von Informationen, die Beeinflussung der Bevölkerung durch ihr Nichtwissen um die Ereignisse. Die Tatsache, daß das unabhängige Fernsehen der Rundfunkanstalten sich bemüht, sein Publikum über alles Geschehen zu unterrichten, macht unser jetziges Fernsehprogramm der Bundesregierung denn auch besonders verdächtig. Daß dem so ist, hat sie erst kürzlich wieder einmal selbst bewiesen.

Vor einigen Wochen brachte das Deutsche Fernsehen ein Interview mit dem Ministerpräsidenten der algerischen Revolutionsregierung. Gleich ob ein Fernsehzuschauer bei uns mit den Forderungen der algerischen Aufständischen oder dem Standpunkt der französischen Regierung sympathisiert -- er wird den Wunsch haben, sich über beide Auffassungen, auch über die der Algerier zu unterrichten. Dieses Interview wurde daher von Presse und Öffentlichkeit viel beachtet; so auch von der Bundesregierung -- dort allerdings unter rein negativen Vorzeichen. Das Auswärtige Amt teilte dem Fernsehen mit, solche Sendungen erschwerten die deutsche Politik. Innenminister Schroeder und Staatssekretär Globke benutzten ein Zusammentreffen mit dem Intendanten Bischoff, den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten, um gegen die Sendung zu protestieren. Sie sahen in der Sendung einen Angriff auf die Interessen der Bundesregierung und gaben zu verstehen, solche unerwünschte Information der Bevölkerung durch das Fernsehen liefere den Beweis, wie nötig ein zweites Fernsehprogramm sei.

Ein Einzelfall? Kaum, denn der größte Teil ähnlicher Einschüchterungsversuche wird gar nicht erst öffentlich bekannt. Der Vorfall beweist von neuem, was wir von einem zweiten Fernsehen unter Einfluß der Regierung zu erwarten haben.

Mord auf Bestellung

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris

"Sie wußten noch nicht, daß man sich einen Mörder auf dem Markt bestellen kann? Natürlich nicht mit jedem Portemonnaie. Gewiß, jeder kann sich das nicht leisten. Auch kommt es nicht nur auf das Geld, sondern auch auf die Beziehungen an ...", schreibt François Mauriac im "Express" zu dem Femeinmörder-Skandal, der immer breitere Spalten der französischen Presse füllt.

Das wesentliche dabei ist nicht, ob der Generaldirektor der französisch-marokkanischen Zink- und Bleigruben von Zellidja (eine Million Tonnen und 750 Millionen Dividenden jährlich), der Milliardär Jean Lacaze (57) tatsächlich seinen Adoptivneffen Jean-Paul Guillaume (25) als unbequemen Erben aus dem Wege räumen wollte und mit dieser "Aufgabe" den saullistischen Sturmbannführer von Südwestfrankreich, Kommandant Camille Rayon (45) beauftragte. Rayon, der nebenbei auch UNR-Vizebürgermeister von Antibes ist, hat den Mordauftrag jedenfalls entgegengenommen, ohne die Polizei zu verständigen. Es ist nebensächlich, ob dieser Guillaume tatsächlich den "Beruf" eines Zuhälters ausübt - wie dies sein Erbknecht behauptet. Man fragt sich, ob Dr. Lacour - ein Arzt - wirklich im Auftrage des Milliardärs dem Sturmbannführer solche Mordvorschläge machen konnte und fünf Millionen Francs als Belohnung zusagte und teilweise ausbezahlte. Es handelte sich dabei um ein "patriotisches Werk" wurde dem Kommandanten Rayon versichert.

Das Verbrechen sollte dann, falls nicht alle Spuren verwischt werden konnten, einfach der FLN, den algerischen Nationalisten, in die Schuhe geschoben werden. Die Sache ist nur durch Zufall aufgefliegen. Der Sturmbannführer - er spielte schon 1948 bei den Unruhen in Grenoble und selbstverständlich im Mai 1958 eine aktive Rolle - hatte in dem vorliegenden Fall bereits die technischen Vorbereitungen getroffen und Millionen einkassiert, wie er selbst zugibt. Seine Handlanger stutzten aber, als sie erfuhren, daß der zu Ermordende zufälligerweise auch Fallschirmjägerleutnant ist, sozusagen einer der ihren. Der unbequeme Adoptivneffe wurde rechtzeitig gewarnt und konnte sich in Sicherheit bringen; der Milliardär wurde verhaftet. Es wird ihm nicht viel geschehen.

Was aber jetzt sozusagen offiziell festgestellt ist, das ist die Existenz von Femeinmörder-Organisationen, bei welchen man Morde sozusagen nach Maß bestellen kann, Morde aus rein persönlichen Motiven. Es genügt, "patriotische Gefühle" vorzuschützen. Man wußte schon seit der Ermordung des liberalen Zeitungsdirektors Lemaigre-Dubreuil durch französische "Gegenterroristen" in Marokko und seit dem mißglückten Attentat auf General Salan in Algier (bei welchem ein untergeordneter Offizier tödlich getroffen wurde), das zuerst gleichfalls der FLN zugeschrieben wurde, daß es geheime Gruppen von Femeinmördern gibt.

Mit dem Geheimnis ist es jetzt vorbei. Der Femeinmörder-Skandal ist jetzt mitten in Paris geplatzt.

Volksschulennot und kein Ende

zu. - In der Diskussion über die äußere Struktur unserer Volksschulen haben sich in den letzten Monaten sieben Normen herausgebildet, von denen Eltern und Lehrer zugleich wünschen, daß sie nun endlich einmal 14 Jahre nach Kriegsende erfüllt werden. Man sollte in der Bundesrepublik dazu kommen, Volksschulverhältnisse - wie etwa in Skandinavien, Großbritannien oder der Schweiz - zu erreichen. Die sieben großen Punkte sind:

1. In eine Klasse dürfen nicht mehr als 30 Schüler gehen. Es sollten lieber nur 20 Schüler sein.
2. Für zehn Volksschulklassen sollten elf Lehrer vorhanden sein, damit Krankheiten oder Bildungskurse der Lehrer sofort ausgeglichen werden können.
3. In den Bundesländern mit achtjähriger Volksschulpflicht sollte endlich die neunjährige Volksschulpflicht eingeführt werden. Dort, wo es die neunjährige Volksschulpflicht bereits gibt, muß die zehnjährige ins Auge gefaßt werden.
4. In den Städten und Dörfern, vor allem auf dem flachen Lande, sollte es keine über 75 Jahre alten Schulgebäude mehr geben.
5. Man muß endlich davon abkommen, noch Schulen zu unterhalten, in denen alle acht oder neun Volksschuljahrgänge gemeinsam in einer, zwei oder drei Klassen unterrichtet werden.
6. Der Bau von zentralen Schulen sollte in stärkerem Maße betrieben werden, damit auch unsere Landjugend besser gebildet wird und in Fachklassen die Möglichkeit zur Fortbildung und in Turnhallen zur körperlichen Erziehung erhält.
7. Der Staat und die Schulträger sollten wie in vielen anderen Staaten auch den kostenlosen Zubringerverkehr mit Autobussen zu diesen Schulen tragen.

Wie sind nun die Verhältnisse tatsächlich? Sie lassen sich anhand neuester statistischer Zahlen für Schleswig-Holstein im Norden der Bundesrepublik belegen, wobei gesagt werden muß, daß die Verhältnisse hier durchaus nicht besonders schlecht sind, wenn man an andere Bereiche im Bundesgebiet denkt.

Trotzdem gibt es von den 6.595 Volksschulklassen in Schleswig-Holstein 3.061 (oder 27 Prozent), in denen mehr als dreißig Schüler unter-

richtet werden. Diese Klassen sind überfüllt. In ihnen ist es den Lehrern nicht möglich, alle Kinder persönlich zu betreuen und zu fördern. Wie sagte doch der Soziologe Karl Weiß: "Erziehungs- und Unterrichtserfolg sind nur dann gewährleistet, wenn der Lehrer jeden Schüler individuell betreuen kann, wenn die Klasse nicht eine Masse, sondern eine Gemeinschaft darstellt".

Man muß sich einmal vorstellen, was es heißt, in Klassen zu unterrichten, in denen fünfzig bis sechzig Schüler in drangvoller Enge sitzen, wobei ein Teil dieser Klasse wiederum noch im Schichtunterricht zweimal täglich besucht werden. In Schleswig-Holstein gibt es heute noch 36 derartiger Klassen.

In den kreisfreien Städten sieht es noch katastrophaler aus. In Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster - oben im Norden der Bundesrepublik - sind von den 1.557 Klassen 1.236 überfüllt, denn in diesen Räumen werden mehr als dreißig Kinder unterrichtet. Das bedeutet, daß hier auch heute noch 53 Prozent der Klassen keinen Fruchtbaren Unterricht erhalten!

+ + +

"Nur erste Überlegungen ..."

Im Organ des Hartmannbundes vom 1. Februar 1959 entwickelt Regierungsdirektor S c h m a t z vom Bundesarbeitsministerium Ideen darüber, wie man sich die ärztliche Gebührenordnung im Bundesarbeitsministerium "in etwa vorstellt". Der Artikel endet mit der aufrichtigen Betonung, "daß die obigen Ausführungen nur erste Überlegungen in einer Sache darstellen, deren Schwierigkeit jedem der Beteiligten klar ist".

Diese Lesefrucht hat ihre aktuelle Würze, weil neuerdings ausgezchnet der Hartmannbund (in der gleichen Ausgabe des "Deutschen Arztes", S.77) der SPD als Maßziel unterschiebt, "die Reform der sozialen Krankenversicherung in der jetzigen Legislaturperiode zu verhindern". Der Hartmannbund übersieht dabei, daß die Maßlosigkeit der Verschlechterungsvorschläge der Bundesregierung Verbitterung unter den Krankenversicherten hervorruft, aber auch, daß ein Krankenversicherungsgesetz - zum Unterschied von einem Rentenreformgesetz - jederzeit sehr leicht ohne großen Verwaltungsaufwand wieder geändert werden kann.

+ + +

Ziele des Zionismus

H.G.S. - In Amsterdam fand kürzlich ein mehrtägiger "Europäischer Zionistenkongress" statt, an dem Vertreter der jüdischen Gemeinschaft aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Griechenland, Schweden, Dänemark, Schweiz, Algerien, Österreich, Finnland, Italien, Irland und Beobachter anderer Nationen teilnahmen. Darunter befanden sich auch 18 Vertreter aus der Bundesrepublik und Berlin. Koch bis vor kurzem wurde Deutschland als jüdisches Existenzgebiet von den Zionisten nicht anerkannt. Die Gemeinden wurden nach 1945 als "Liquidationsgemeinden" bezeichnet.

Zur Zeit gibt es wieder 68 jüdische Gemeinden in Deutschland. Sie fühlen sich zum größten Teil eng mit Israel verbunden. Vor 1939 lebten 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung in Europa, heute nur noch 33 Prozent oder vier Millionen, davon etwa über eine Million in 22 nichtkommunistischen Ländern..

Die dramatisch-tragische Situation der Juden in der Diaspora zeigt sich daran, daß noch 1947 eine viertel Million Juden in "Displaced Persons"-Lagern waren. So wurde die einst revolutionäre zionistische Bewegung Theodor Herzls in jüngster Zeit eine missionarische Bewegung innerhalb des Judentums.

Dr. Nahum Goldmann, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des Judentums in unserer Zeit, berichtete in seinem großen Referat in Amsterdam, daß auch heute der Zionismus seinen Sinn habe. Israel sei ein fait accompli. Die Frage, warum es nach der Staatsgründung 1948 noch einen Zionismus gebe, beantwortet sich aus dem jüdischen Schicksal. Goldmann sagte unter anderem: "Das Ziel des Zionismus war niemals die Schaffung eines jüdischen Staates. Staaten sind überhaupt keine Ziele, wenn Staaten Ziele werden, dann ist das, was kommen soll, geschehen. Nur im Nazismus hat man den Staat, das Dritte Reich, als das höchste Ziel proklamiert. Für alle Kulturvölker sind Staaten Mittel zum Zweck".

Goldmann sieht die neuen Aufgaben des Zionismus in einer vitalen Anpassung an die Situation, die mit der Masseneinwanderung in Israel geschaffen ist. Die Aufgabe des Zionismus ist heute, bei allen Juden das Bewußtsein zu erwecken, daß sie eine zweite Heimat in der alten-neuen Heimat, in Israel haben. Herzls Wort "Wenn Ihr Juden wollt, ist es kein Traum!" ist in Israel in Erfüllung gegangen, ein beispielhafter Nahost-Staat nach europäisch-demokratischen Mustern entstand. Ein Staat, der heute einer der wichtigsten Aktivposten der westlichen Welt ist.

Daß die Konferenz von Amsterdam aber auch die Vertreter des Judentums in Deutschland und vor allem Berlins einbezog, auferlegt der deutschen Demokratie, die darin eine wesentliche Anerkennung und einen Vertrauensbeweis sehen kann, Verantwortung und Pflicht. Eine Pflicht, die nicht durch die Zinns und Fisches zu erfüllen ist, sondern charakterstarke Männer benötigt.

Nach Leipzig führt nur ein Weg

sp - In diesen Tagen erhalten zahlreiche Journalisten in der Bundesrepublik - ohne darum gebeten zu haben - einen "amtlichen Messeausweis" zum Besuch der Leipziger Messe. Dieser Ausweis berechtigt den Empfänger zur einmaligen Hin- und Rückreise nach und von Leipzig in der Zeit von 26. Februar bis 13. März 1959. Der Ausweis gilt gleichzeitig für die Besucher aus Westdeutschland als Aufenthaltsgenehmigung und gibt die Berechtigung zum Empfang einer Quartierkarte. Selbstverständlich ist in dem Ausweis auch eine Rubrik "Polizeiliche Anmeldung" reserviert; das ganze Dokument hat also den Charakter eines Sonderpasses.

An sich ist die Geschichte nicht bemerkenswert; auch andere Messestädte schicken gelegentlich unaufgefordert an Journalisten Einladungen, denen gleichzeitig ein Ausweis beigelegt wird. Was die Sache interessant macht, ist ein Satz in dem Dokument, der wie folgt lautet:

"Er" - der Messeausweis - "berechtigt zur einmaligen Reise nach Leipzig und Rückreise auf direktem Wege über eine in dem Informationsprospekt aufgeführte Grenzübergangsstelle".

Hier wird dem Messebesucher deutlich gemacht, daß er sich nur auf einem vorgeschriebenen Wege zum Ziel seiner Reise und wieder auf den Heimweg begeben darf.

Wenn man nach Paris, Brüssel oder in sonst eine Ausstellungsstadt des Westens fahren will, ist es den Veranstaltern und Einladenden ganz gleich, welchen Weg der Besucher benutzt. Er kann nach dem Meiste reisen: "Viele Wege führen nach Rom".

Nach Leipzig führt nur ein Weg. Das wird amtlich bescheinigt, damit man weiß, daß die freie Willensentscheidung an der Konengrenze aufhört.

+ + +